



VERTRETUNG DER KRIMTATAREN STEUERGESETZBUCH VERWALTUNGSREFORM

■ ANALYSE	
Neue politische Zersplitterung auf der »Insel der Krimtataren«. Radikalisierung des politischen Programms? Von Yuliya Borshchevska, Kiew	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Bevölkerung und Parlament der Autonomen Republik Krim	6
■ DOKUMENTATION	
Das neue Steuergesetzbuch	7
■ DOKUMENTATION	
Die Verwaltungsreform	9
■ CHRONIK	
Vom 24. November bis zum 14. Dezember 2010	10



Neue politische Zersplitterung auf der »Insel der Krimtataren«. Radikalisierung des politischen Programms?

Von Yuliya Borshchevska, Kiew

Einleitung

Wenn es um die Krimtataren geht, stehen meist deren Beziehungen zum ukrainischen Staat im Mittelpunkt. Oft wird auch nach der Wiederherstellung ihrer aufgrund der Deportation entzogenen Rechte gefragt. Die gesamte krimtatarische Bevölkerung war unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den Deutschen 1944 vor allem nach Usbekistan deportiert worden und erst 1989 in die Heimat zurückgekehrt. Die Krimtataren selbst formulieren ihre Ziele heute klar: Durchsetzung einer breiten Palette von Rechten, wozu auch die Etablierung einer national-territorialen Autonomie der Krimtataren auf der Halbinsel Krim gehört. Diese Forderung steht ganz oben auf der Agenda. Vielfach wird in diesem Zusammenhang die Frage diskutiert, in welchem Maße der ukrainische Staat diesen Forderungen nachkommt. Als Dialogpartner des ukrainischen Staates wird dabei häufig nur das repräsentative Organ der Krimtataren gesehen – die Mejlis (Exekutivorgan des Parlaments). Die Tatsache, dass mittlerweile neue Akteure aus der ethnischen Gruppe der Krimtataren auf die politische Bühne getreten sind, die die Führungsrolle der Mejlis nicht befürworten und selbst einen anderen Umgang mit dem Staat pflegen, wird gemeinhin außer Acht gelassen. Auch der Umstand, dass die Mejlis ihre Monopolstellung verloren hat und in den letzten Jahren nicht mehr die Unterstützung der Mehrheit der Krimtataren genießt, wird nicht diskutiert. Angesichts dieser Situation könnte die Analyse der jüngsten politischen Zersplitterung der Krimtataren dabei helfen, die Anliegen, die von der Mejlis sowie verschiedenen politisch profilierten Gruppen außerhalb des Parlaments verfolgt werden, zu verstehen und eine Antwort auf die Frage zu finden: Was sind die tatsächlichen Ziele der Krimtataren?

Die Mejlis – noch immer ein wichtiger politischer Akteur

Kurz nach ihrer Repatriierung versammelten sich die Krimtataren vorwiegend um ihre ethnischen Repräsentativorgane: die Mejlis (das Exekutivorgan führt zwischen den Versammlungen des Parlaments, des Kurultaj, die Geschäfte) und der Kurultaj, beide 1991 gegründet. Keine der beiden Vertretungen hat jedoch bisher einen rechtlichen Sonderstatus erhalten, wie die Führungspersonen der Krimtataren bemängeln. Die Entscheidung, sich unter diesen nationalen Repräsentativorganen zu vereinigen, war in besonderem Maße von der Tradition der Nationalbewegung der Krimtataren beeinflusst, die sich schon belebend auf die sowjetische Dissidentenbewegung als Ganze ausgewirkt hatte. Es darf nicht vergessen werden, dass der Kurultaj allein von der Organisation der krimtatarischen Nationalbewegung (OKND) gegründet wurde und von Mustafa Dschemiljew, der gleichzeitig Vorsitzender der Mejlis ist, geleitet wird. Die Nationalbewegung der Krimtataren (NDKT), geführt von Jurij Osmanow, der gegenüber den staatlichen Autoritäten einen weniger konfrontativen Kurs fuhr, wurde hingegen ins Abseits gedrängt. Diese Unstimmigkeiten, die von Anfang an klar zutage traten, erklären zumindest teilweise die spätere politische Konstellation.

Ein entscheidender Grund für die aktuelle Belebung der Mejlis-Opposition ist der sinkende Rückhalt der Mejlis unter den Krimtataren. Aufgrund fehlender Statistiken kann der Wandel der Unterstützung

jedoch nur ungefähr angegeben werden. In den frühen 1990er Jahren waren ca. 90 % bis 95 % der krimtatarischen Bevölkerung für die Mejlis. Seit dieser Zeit ist der Zuspruch gesunken. Niemand kann genau sagen, wie hoch die Unterstützung heute ist, und die publizierten Zahlen sind extrem unterschiedlich, gehören also eher ins Reich der Spekulation. Es wurden keine Untersuchungen durchgeführt, die verlässliche Daten geliefert hätten, was vor allem dem mangelnden Interesse am Thema geschuldet ist. Zudem sind die von der Mejlis selbst in Auftrag gegebenen Untersuchungen der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Eine Ursache für die sinkende Unterstützung der Mejlis ist die fortgesetzte Integration der Krimtataren in die Gesellschaft der Krim, die die Distanzierung vom ethnischen Repräsentativorgan vorantreibt. Insbesondere das Versagen der Mejlis bei der Einhaltung gegebener Versprechen spielte dabei eine Rolle. Die Versprechen sind heute noch dieselben wie 1991, bei der Annahme der Deklaration der Nationalen Souveränität der Krimtataren (im Folgenden: die Deklaration). In dieser Deklaration wird die Krim als »nationales Territorium der Krimtataren, auf dem nur sie das Recht auf nationale Selbstbestimmung haben«, definiert, also als souveräner Nationalstaat. Die Deklaration wurde später nie mehr geändert, obwohl einige der Mejlis-Führer eingestanden, dass angesichts der Tatsache, dass die Deklaration noch vor der Unabhängigkeit der Ukraine verabschiedet worden war, einige schwammig formulierte Punkte präzisiert werden müssten. Entscheidend

ist, dass die Deklaration die Autonomie der Krimtataren in der Ukraine nicht thematisiert, während der Vorsitzende der Mejlis diese regelmäßig zum höchsten Ziel erklärt, das dem Schutz der ethnischen und religiösen Identität der Krimtataren auf der Halbinsel dienen soll.

Im Laufe der Jahre traten andere Punkte der Deklaration in den Vordergrund. Während der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos schwenkte das Programm der Mejlis auf kulturelle und Bildungsfragen um, wengleich die bisherigen strategischen Prioritäten deshalb nicht aufgegeben wurden. Präsident Juschtschenko selbst legte in seiner Politik einen Schwerpunkt auf kulturelle Fragen, und es ist durchaus plausibel, dass die Mejlis sich ihm darin anschloss. Sie hoffte jedoch vergeblich auf die Unterstützung des Präsidenten und die Durchsetzung zumindest einiger ihrer Programmpunkte.

Verschiedene Gruppierungen innerhalb der Mejlis

Seit ihrer Gründung auf dem zweiten Kurultaj im Jahr 1991 (der erste hatte 1917 stattgefunden) war die Mejlis einerseits nie monolithisch, andererseits hat sie sich als Organisation ziemlich abgeschottet. Deshalb dringen Informationen über Unstimmigkeiten innerhalb der Mejlis erst nach außen, wenn sie sich so zugespitzt haben, dass sie nicht mehr verschleiert werden können. Nach außen versucht die Mejlis mit einer Stimme zu sprechen, obgleich ihr mehrere starke Gruppen angehören und jede von ihnen die Führungsposition für sich beansprucht. Die Vertreter sind sich zwar im Allgemeinen einig über die politischen Inhalte, die umgesetzt werden sollen, gruppieren sich aber um einzelne Führungspersönlichkeiten. Einige Mejlis-Mitglieder geben ideologische Differenzen mit ihren Kollegen zwar zu, haben aber wenig Interesse daran, diese offen darzulegen.

Die mächtigsten Gruppen werden von Refat Chubarow, Remsi Iljasow und Ilmi Umerow geführt. Die ersten beiden konkurrieren um den Mejlis-Vorsitz. Ilmi Umerow dagegen führt die Bachtschissaraj-Gruppe an und ist Vorsitzender der dortigen Regionalverwaltung. Man geht davon aus, dass er zu Chubarow halten wird, auch wenn einige sagen, er habe ebenfalls Ambitionen auf den Vorsitz der Mejlis. Als viel versprechender und populärer Politiker wird Refat Chubarow gehandelt, den Dschemiljew als Nachfolger favorisiert und der den Kurs seines Vorgängers wohl fortsetzen würde. Ganz anders sein Gegner Iljasow – dieser ist keine Person des öffentlichen Lebens. Er ist Mitglied des Parlaments der Krim und wird von krimtatarischen Geschäftskreisen unterstützt. Der Machtkampf innerhalb der Mejlis findet also in erster Linie zwischen ideologisch- und geschäftsorientierten Politikern statt.

Die in den Jahren 2004 – 2009 wachsende politische Pluralität hatte großen Einfluss auf die Mejlis, da es von nun an mehr Optionen für politische Manöver einzelner Gruppen gab. Während der autoritären Herrschaft Leonid Kutschmas (1994 – 2005) war es den Mejlis-Gruppen wesentlich leichter gefallen das Image einer geeinten und einheitlichen Kraft zu pflegen. Ideologische Divergenzen wurden verschleiert und alles drehte sich um die Auseinandersetzung mit dem Staat. Der Grund für das Publikwerden der Unstimmigkeiten in den letzten Jahren ist wohl die enorme Zuspitzung der Konflikte. Es scheint begreiflich, dass die rivalisierenden Gruppierungen sowie verschiedene Gruppen außerhalb des politischen Mainstream ihre Meinungsverschiedenheiten unter der Präsidentschaft Wiktor Janukowytschs nicht in gleichem Maße offenlegen werden wie noch zu Zeiten Juschtschenkos. In jüngster Zeit ist unter den neuen politischen Machthabern die Tendenz erkennbar, die Krimtataren nicht als Partner des politischen Dialogs anzusehen. Vielmehr gab es Versuche die politische Bedeutung der Krimtataren zu unterminieren und ihre Repräsentantenquote in den staatlichen Organen der Autonomen Republik Krim zu senken. Dies veranlasste die Krimtataren eine mehr oder weniger einheitliche Position im Dialog mit dem Staat einzunehmen.

Bisher scheint Dschemiljew die einzige Person mit der Fähigkeit zur Schlichtung und zum Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Gruppen in der Mejlis zu sein, weshalb er dem Organ seit der Gründung, also seit beinahe zwei Jahrzehnten, vorsitzt. Laut Statut hätte er schon längst abtreten müssen. Als er im Jahr 2007 den Wunsch äußerte, seine schon oftmals angekündigte Amtsaufgabe wahr zu machen, war keiner seiner Gegner bereit für eine offene Konfrontation und Dschemiljew wurde im Dezember 2009 vom Kurultaj wiedergewählt. Dies spricht für große Spannungen und einen Mangel an Kompromissbereitschaft innerhalb der Mejlis. Einige Experten schließen nicht aus, dass sich die Mejlis bei einem Rücktritt Dschemiljews in verschiedene Organisationen aufspalten könnte. Wichtig, wenn nicht sogar entscheidend wäre dabei die Frage, wen die kleineren Gruppierungen innerhalb der Mejlis unterstützen würden.

Politische Alternativen zur Mejlis: eine neue Kraft oder marginalisierte Akteure?

Unter den Krimtataren gab es immer auch Stimmen, die sich gegen die Mejlis ausgesprochen haben. Um die derzeitige politische Situation der Krimtataren als «gespalten» zu charakterisieren, müsste man von einem vorherigen «geeinten» Zustand ausgehen. Diesen gab es aber offensichtlich nicht. Deshalb müssen wir nach dem Wandel fragen, der zwischen den 1990er Jahren

und heute stattgefunden hat. Auch die Verwendung des Wortes «Opposition» muss zur Diskussion gestellt werden. Dieses Wort bezeichne nicht die politischen Kräfte außerhalb der Mejlis, so die Oppositionsführer, da die «Opposition» ja die Mehrheit der ethnischen Gruppe repräsentiere. Die Mejlis streicht das Wort häufig aus ihren Unterlagen und zieht andere Formulierungen vor. Dahinter könnte der Versuch stecken, denjenigen, die die Ziele und Vorstellungen der Mejlis nicht unterstützen, weniger Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Zumindest zwei Dinge zeigen an, dass im Laufe der Zeit eine tatsächliche Opposition entstanden ist. Erstens gibt es nun Menschen, die offen und regelmäßig ihre zur Mejlis alternative Position kundtun. Und auch die Taktik dieser Opposition hat sich geändert. In der letzten Zeit stand die Opposition den politischen Autoritäten der Krim relativ loyal gegenüber und ihre Anti-Mejlis-Rhetorik fiel eher mild aus. Zweitens gibt es unter den oppositionellen Kräften eine Tendenz zur Institutionalisierung. Diese bestehen nun nicht mehr nur aus Individuen oder Interessengruppen, wie es noch ungefähr vor einem Jahrzehnt der Fall war. Allerdings waren die oppositionellen Organisationen unfähig, ihre Positionen klar zu formulieren, was zu einem Wandel der Machtverhältnisse innerhalb der Opposition geführt hat. So sind ihre wichtigsten Vertreter heute ganz andere als noch vor fünf Jahren.

Oppositionelle Organisationen

Unter den derzeit aktiven oppositionellen Organisationen und Gruppen sind diejenigen mit Wachstumspotenzial dünn gesät. Als erste wäre die Milli Firka zu nennen, die 2006 von NDKT-Aktivisten gegründet wurde, als zweite die Krimtatarische Partei der Nationalbewegung, geleitet von Abdureschyt Dschepparow, einem ehemaligen Mitglied der Mejlis. Die Gruppe von Nadir Bekirow, der früher die Rechtsabteilung der Mejlis leitete, hält sich von den anderen Gruppen eher fern und geht eigene Wege. Andere häufig erwähnte krimtatarische Bürgerorganisationen sind nicht mit den erwähnten Organisationen vergleichbar, da sie ein wesentlich weniger klares politisches Profil haben. Aufgrund ihres politischen Programms und ihres breiten Aktionsradius verdient Milli Firka als einzige Organisation eine nähere Betrachtung.

Die Organisationen wurde 2006 gegründet, nachdem eine Gruppe des Milli Firka-Führers Waswi Abduraimow bei den Lokalwahlen für den Krimtatarischen Block ins Rennen ging. Der Block scheiterte zwar an der 3%-Hürde, aber die Wahlen waren ein starker Anreiz eine eigene Organisation registrieren zu lassen, eben die Milli Firka. Von Anfang an verfocht die Milli Firka eine pro-russische Position. Es ist allerdings sehr wahrschein-

lich, dass diese Position im Grunde eher pragmatische als ideologische Wurzeln hat. Alle wichtigen ukrainischen Parteien (wenn sie sich überhaupt dem Thema widmen) sowie der strategische Partner im Ausland, die Türkei, haben sich auf die Mejlis fokussiert. Russland ist somit die einzige Seite, von der die Milli Firka Unterstützung erhalten kann. Andererseits gibt es aber auch die Ansicht, die Milli Firka sei von Anfang an ein von Russland unterstütztes Projekt gewesen. Gegen diese Behauptung sprechen allerdings empirische Untersuchungen, die gezeigt haben, dass die Milli Firka nicht über die gleichen finanziellen Möglichkeiten verfügt wie z. B. die Russische Gemeinde der Krim (Russkaja obschtschina Kryma), die aus russischen Quellen finanziert wird, so das gängige Argument.

Im Jahr 2008 nutzte die Milli Firka die Krise in Georgien, um die Aufmerksamkeit der russischen Führung auf sich zu lenken, und wandte sich an diese mit der Bitte, die indigenen ethnischen Gruppen auf der Krim vor einem Genozid durch die nationalistisch eingestellte Führung der Ukraine zu schützen. Dieser Vorstoß schadete der Reputation der Organisation, was an den großen Protesten der krimtatarischen zivilen politischen Organisationen deutlich wurde.

Die durch diesen Bittbrief an die russische Führung hervorgerufenen heftigen Reaktionen, die die Zukunft der Organisation tatsächlich gefährdeten, waren der Hauptgrund für die Verabschiedung des Milli Firka-Programms «Krimtataren – Strategie für das XXI. Jahrhundert» (im Weiteren: das Programm) im Mai 2010, ohne dass darin Informationen über die Prioritäten in der Außenpolitik enthalten gewesen wären. Mit dieser Strategie versuchte man vermutlich diejenigen, die die Vision der Organisation teilen, engere Beziehungen zu Russland jedoch ablehnen, nicht zu vergraulen. Drei Jahre ohne konkretes Programm zu existieren ist ungewöhnlich für eine Organisation, die sich der Welt als politische Partei präsentiert und eine Registrierung als ukraineweite Partei anstrebt. Die Führer von Milli Firka haben bewusst mit der Verabschiedung des Programms gewartet, um zunächst die Empfänglichkeit der einfachen Krimtataren für die zentrale Botschaft der Organisation zu prüfen.

Die zentrale Botschaft ist im Programm detailliert ausgearbeitet und eng an die Deklaration von 1991 angelehnt. Das Konzept der «Nationalstaatlichkeit» nimmt einen zentralen Platz im Programm ein. Das formulierte Ziel ist die Schaffung der Souveränität der Krimtataren de facto und de jure. Dafür werden auch konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Insbesondere wird die Erhöhung der Repräsentation der Krimtataren in den staatlichen Organen der Republik Krim auf 20 % innerhalb der nächsten Jahre (seit 2001 stellen die

Krimtataren 12 % der Bevölkerung auf der Krim) und auf 50 % bis 2040 angestrebt. Dies wäre dann eine «de facto Souveränität» der Krimtataren, heißt es in dem Programm. Auffallend ist, dass das Wort «Autonomie» hier nicht ein einziges Mal vorkommt. Letztendlich wird der exakte Status, der mit «de jure Souveränität» gemeint ist, im Programm ebenfalls nicht erklärt. Wichtig ist, dass die Milli Firka ein einheitliches Strategiekonzept für die Krimtataren befürwortet. Die Führer der Organisation gehen davon aus, dass die Differenzen zwischen den oppositionellen Kräften und der Mejlis lediglich die Methoden betreffen, mit denen letztlich die gleichen Ziele erreicht werden sollen.

Fazit

Die allgemeine politische Situation in der krimtatarischen Gemeinde ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl politischer Meinungen. Diese Aufspaltung ist das Ergebnis des Versuches, sich in den letzten zwei Jahrzehnten, also seit der Repatriierung, in die Gesellschaft der Krim zu integrieren, ebenso ist sie aber auch der Abkehr des Landes von der autoritären Herrschaft im Jahr 2004 (wenngleich das Land hier noch schwankt, wie die Ereignisse von 2010 zeigen) und der Unzufriedenheit der Krimtataren mit der Arbeit ihrer repräsentativen Organe geschuldet.

Die Stellung der Mejlis hat sich in den letzten Jahren offensichtlich geändert. Wegen einer dürftigen Erfolgsbilanz und fortwährender Kämpfe zwischen den konkurrierenden Gruppen darüber, wer in den kommenden Jahren die Zügel in der Hand halten soll, sinkt derzeit ihre Autorität. Jeder Versuch, die Geschwindigkeit dieses Absinkens zu messen, kann nur Näherungs-

werte liefern, da entsprechende Daten fehlen. Diese Umstände haben die oppositionellen Kräfte genutzt, um ihre eigene Macht zu mehren.

Die Oppositionskräfte sind aktiv (und werden möglicherweise stärker, wie im Fall von Milli Firka), arbeiten aber weiterhin separat. Aufgrund persönlicher Ambitionen verfolgen sie lieber eigene politische Vorhaben und der Mejlis ist ebenfalls daran gelegen die Aktivitäten der oppositionellen Gruppen auf individuelle Ambitionen zu beschränken. Die Opposition neigt insgesamt eher dazu, allgemeine Vorwürfe bezüglich der Interessenkonvergenz zwischen der Mejlis-Führung und den staatlichen Autoritäten vorzubringen, statt konkrete Forderungen zu erheben oder konstruktive Vorschläge zu machen.

Insgesamt sind die Gegensätze innerhalb der Mejlis und innerhalb der Opposition, wie beide zugeben, auf taktische Fragen konzentriert, darauf, wie man die gesetzten Ziele erreichen kann. So bleibt die Frage offen, was der eigentliche Plan der Mejlis ist, die ja behauptet, weiter nichts als die national-territoriale Autonomie der Krimtataren in der Ukraine anzustreben. Aktuell ist ebenfalls die Frage, wie das Programm modifiziert werden kann, wenn die staatlichen Autoritäten (ungeachtet des Umstandes, dass die Politiker in Kiew sowie auf der Krim traditionell unterschiedlicher Meinung über die Krimtataren sind) die Forderungen der Krimtataren weiterhin ignorieren. Sollte es hier keine Wende und keinen Dialog geben werden die staatlichen Autoritäten für jede Radikalisierung der politischen Forderungen verantwortlich sein. Eine gewisse Radikalisierung in den politischen Stellungnahmen der Krimtataren konnte bereits festgestellt werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Judith Janiszewski

Über die Autorin:

Yuliya Borshchevska ist UN-Freiwillige beim UNHCR in Kiew. Sie hat ein Praktikum beim International Centre for Policy Studies in Kiew absolviert und 2010 ihr Masterstudium in Peace and Security Studies an der Universität Hamburg abgeschlossen.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Bevölkerung und Parlament der Autonomen Republik Krim

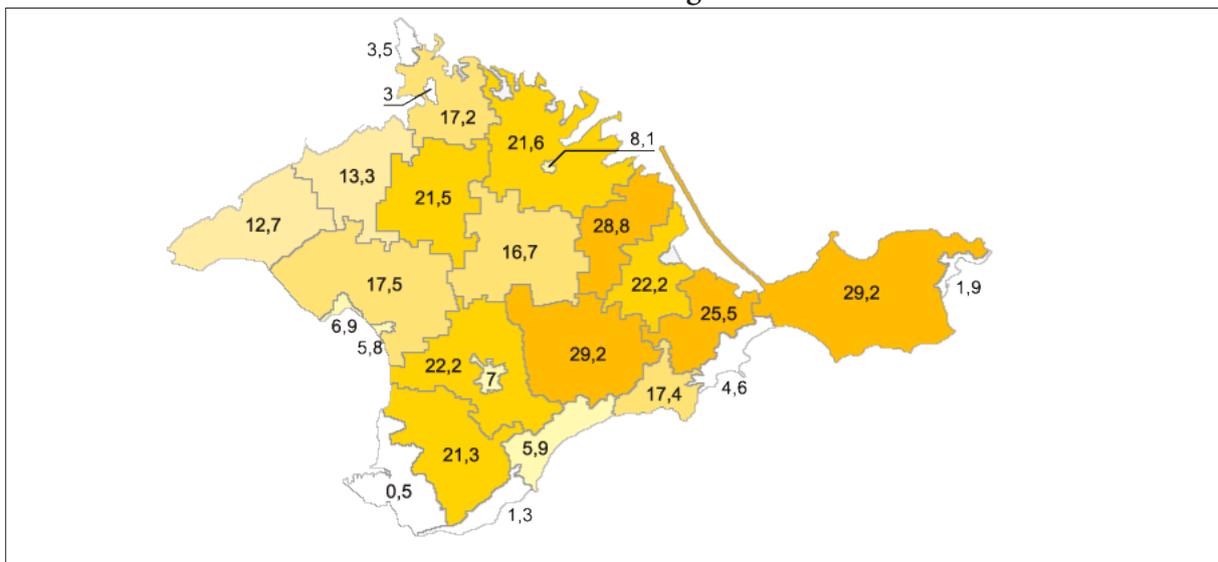
Tabelle 1: Bevölkerung der Krim

ethnische Zusammensetzung	Bevölkerung (in Tsd.)	Bevölkerung in %	
		1989	2001
Russen	1180,4	65,6	58,3
Ukrainer	492,2	26,7	24,3
Krimitataren	243,4	1,9	12,0
andere	108,0	5,8	5,4
Autonome Republik der Krimitataren	2024,0	100	100

Insgesamt leben in der Ukraine 248.193 Krimitataren.

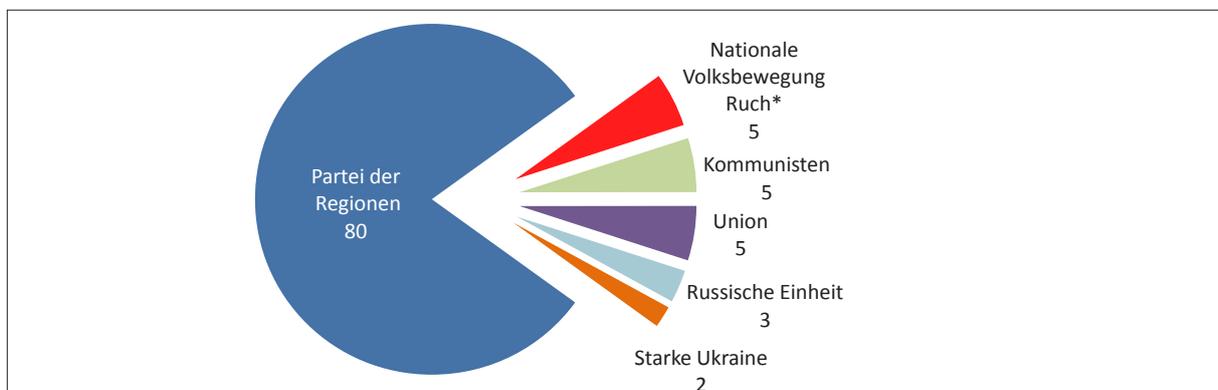
Quelle: Allukrainische Volkszählung (2001), <http://www.ukrcensus.gov.ua/results/general/nationality/>

Karte 1: Anteil der Krimitataren an der Bevölkerung auf der Krim in %



Karte: Riwnodennyk, Quelle: <http://ru.wikipedia.org/wiki/%D0%A4%D0%B0%D0%B9%D0%BB:Etnics.svg>

Tabelle 2: Verteilung der Sitze im Parlament der Krim seit den Kommunalwahlen 2010



*Die Vertreter der Mejlis nehmen unter dem Dach von Ruch an den Wahlen teil. Laut der Internetseite Nowyj region 2 stimmten 25 % der Krimitataren für die Partei der Mejlis, 11.000 weniger als bei den letzten Wahlen, <http://www.nr2.ru/crimea/309019.html>
Quelle: Parlament der Autonomen Republik Krim, <http://www.rada.crimea.ua/structure/factions>

Das neue Steuergesetzbuch

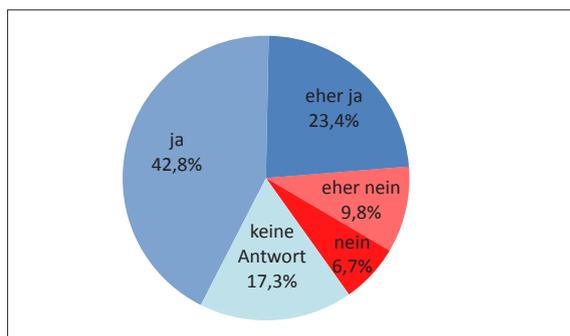
Nicht erst seit der Verabschiedung des neuen Steuergesetzbuches durch das Parlament am 18. November 2010 gingen vor allem Kleinunternehmer in Kiew und vielen anderen Städten auf die Straße. Sie befürchteten gegenüber den Großunternehmen benachteiligt zu werden und wehrten sich gegen die Aufhebung des vereinfachten Steuersystems, das ihnen einen einheitlichen niedrigen Steuersatz beschert hatte. Von Präsident Wiktor Janukowytsch forderten sie deshalb lautstark, dass er von seinem Vetorecht Gebrauch mache. Dieser sprach daraufhin mit den Demonstranten in Kiew, legte am 30. November 2010 sein Veto ein und erklärte, das Gesetz schränke einerseits die Unternehmerrechte ein und betone andererseits die Rolle der Finanzverwaltung unverhältnismäßig stark. Somit ging das Gesetz zurück ans Parlament, wo in Windeseile über einen neuen Entwurf abgestimmt wurde. Bereits am 2. Dezember verabschiedete das Parlament mit 268 Stimmen das revidierte Steuergesetzbuch und der Präsident unterschrieb es zwei Tage später.

Laut Neufassung bleibt das vereinfachte Steuersystem bestehen, die Mehrwertsteuer wird von derzeit 20 % auf 17 % im Jahr 2014 gesenkt, die Körperschaftssteuer von 25 % auf 16 %. Das neue Gesetz tritt mit Beginn des Jahres 2011 in Kraft.

Trotz Räumung der auf dem Unabhängigkeitsplatz errichteten Zeltstadt kurz nach Unterzeichnung der Dokumente protestierten einige Unternehmer auch an den Folgetagen im Stadtzentrum Kiews gegen das neue Steuergesetz und forderten vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

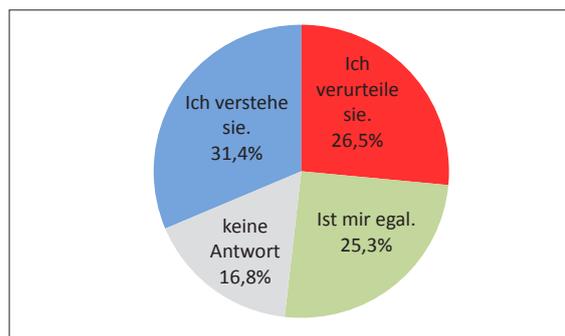
Die folgenden Umfragen zeigen die Meinung der Bevölkerung vor der Verabschiedung des Steuergesetzbuches.

Grafik 1: Muss die Steuergesetzgebung in der Ukraine geändert werden?

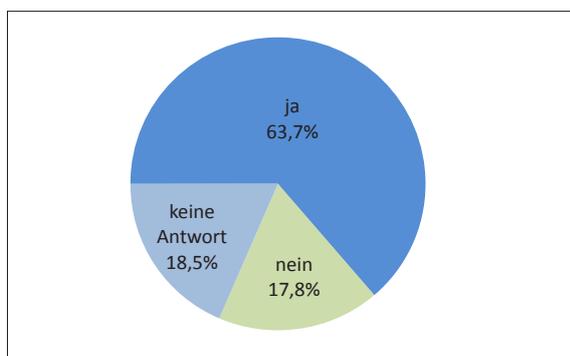


Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts, 6. bis 8.11.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.11/k_10_11.html

Grafik 2: Was halten Sie von Leuten, die Steuern hinterziehen?

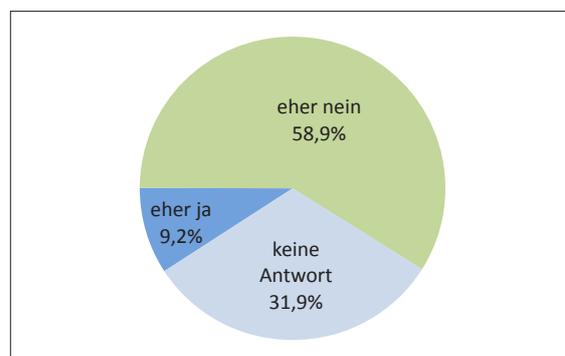


Grafik 3: Ist es gerechtfertigt Steuern zu hinterziehen, wenn der Staat seine Pflichten gegenüber den Bürgern nicht erfüllt?

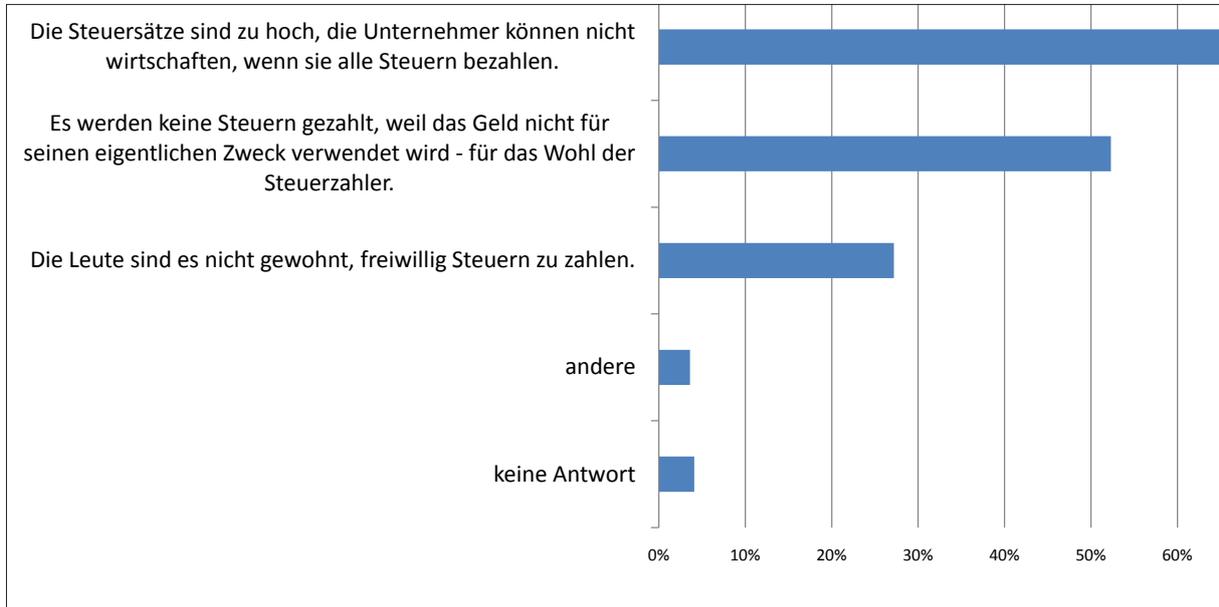
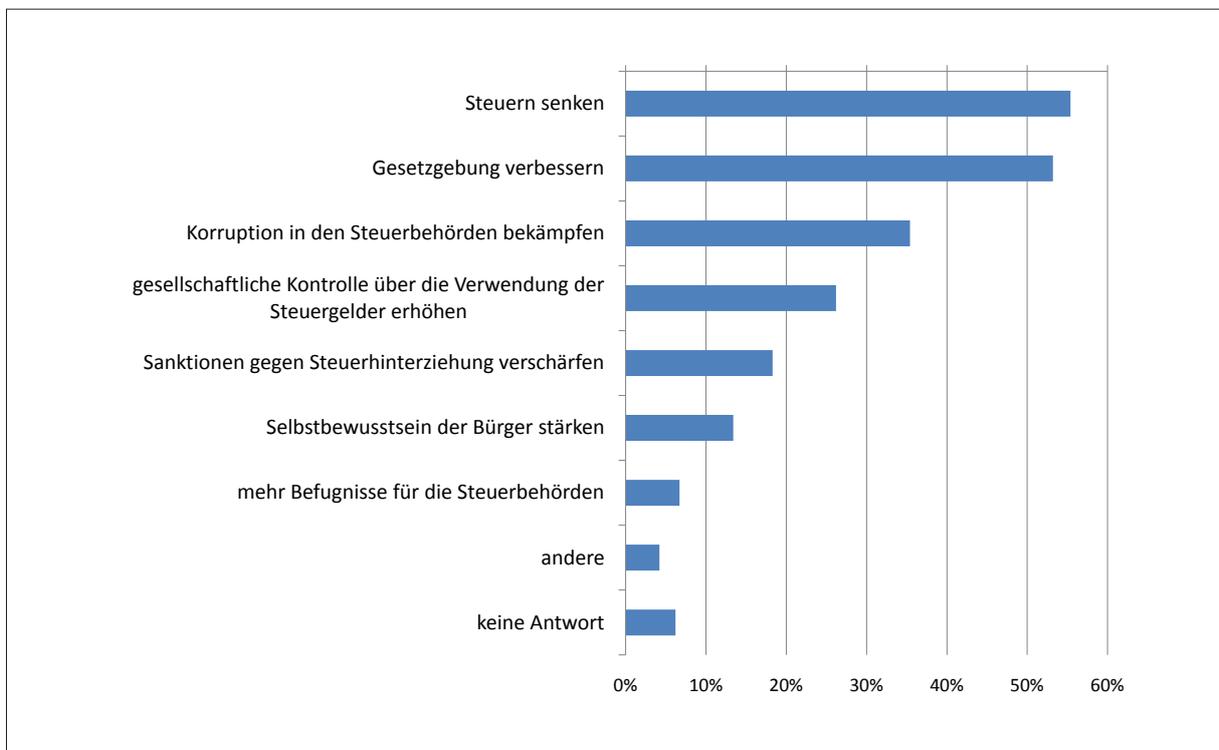


Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts, 6. bis 8.11.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.11/k_10_11.html

Grafik 4: Befürworten Sie das neue Steuergesetzbuch?



Quelle: repräsentative Umfrage des Ukrainischen Demokratierrings vom 2. bis 8.11.2010, <http://polityka.in.ua/info/480.htm>

Grafik 5: Warum zahlen in der Ukraine viele Menschen keine Steuern?**Grafik 6: Was müsste getan werden, damit die Menschen in der Ukraine Steuern zahlen?**

Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts, 6. bis 8.11.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.11/k_10_11.html

Die Verwaltungsreform

Am 9.12.2010 hat Präsident Wiktor Janukowytsch eine Verwaltungsreform in Kraft gesetzt, aus der sich folgende Zuständigkeiten in den teilweise neu geordneten, teilweise zusammengelegten Ministerien ergeben.

Minister, Amt (Basis des neuen Amtes)	frühere Position
Andrij Kljuew , Erster Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel (ehemaliges Wirtschaftsministerium)	Erster Stellvertretender Ministerpräsident
Borys Koljesnikow , Stellvertretender Ministerpräsident Minister für Infrastruktur (Transportministerium)	Erster Stellvertretender Ministerpräsident für Fragen der EURO 2012
Serhij Tihipko , Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Soziales (Ministerium für Arbeit und Soziales)	Erster Stellvertretender Ministerpräsident für Wirtschaftsfragen
Wiktor Tychonow , Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Regionalentwicklung, Bau und Wohnwirtschaft (Ministerium für Regionalbau und Ministerium für Wohnwirtschaft)	Erster Stellvertretender Ministerpräsident für Regionalpolitik
Jurij Bojko , Minister für Energie und Kohleindustrie (Energieministerium und Ministerium für Kohleindustrie)	Minister für Brennstoff und Energiewirtschaft
Mychajlo Kulynjak , Kulturminister (Ministerium für Kultur und Tourismus)	Minister für Kultur und Tourismus
Dmytro Tabatschnyk , Minister für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Sport (Bildungsministerium und Ministerium für Sport, Jugend und Familie)	Minister für Bildung
Mykola Slotschewskyy , Minister für Ökologie und Ressourcen (Umweltministerium)	Minister für Umweltschutz
Mykola Prysaschnjuk , Minister für Landwirtschaftspolitik und Lebensmittel (Landwirtschaftsministerium)	Minister für Landwirtschaft
Wiktor Baloha , Minister für Katastrophenschutz (Katastrophenschutzministerium)	Minister für den Schutz vor Katastrophen und vor den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe

Sechs Minister leiten wie gehabt ihre Ministerien:

Mychajlo Jeshel – Verteidigungsminister
Konstjantyn Hryschtschenko – Außenminister
Anatolij Mohyljow – Innenminister
Oleksandr Lawrynowytsch – Justizminister
Fedir Jaroschenko – Finanzminister
Sinowij Mytnyk – Gesundheitsminister

Neun Minister werden entlassen:

Jurij Jaschenko – Minister für Kohleindustrie
Wolodymyr Jazuba – Minister für Bau und reg. Entwicklung
Wasyl Zuschko – Wirtschaftsminister
Jurij Chiwrytsch – Minister für Wohnungsbau
Rawil Safullin – Minister für Familie, Jugend und Sport
Wasil Nadraha – Minister für Arbeit und Sozialpolitik
Konstantjatin Jefymenko – Transportminister
Dmytro Kolesnikow – Industrieminister
Anatolij Tolstouchow Leiter der Regierungsverwaltung

Insgesamt soll die Zahl der Mitarbeiter in den zentralen Organen der Exekutive um mindestens 30 % gekürzt werden, im Sekretariat der Regierung um die Hälfte.

Quelle: *Offizielle Seite des Präsidenten*, <http://www.president.gov.ua/ru/documents/12584.html> und *Zeitschrift Delo*, <http://delo.ua/vlast/zakony-gosregylovanie/novye-chleny-kabmina-148752/?rb>

Vom 24. November bis zum 14. Dezember 2010

24.11.2010	Präsident Wiktor Janukowytsch und der israelische Präsident Schimon Peres vereinbaren die Unterzeichnung einer Freihandelszone im kommenden Jahr.
25.11.2010	Die Proteste der Unternehmer gegen das neue Steuergesetzbuch halten an. Allein in Kiew gehen nach unterschiedlichen Angaben 2.000 bis 10.000 Menschen auf die Straße.
25.11.2010	Das Europäische Parlament stimmt nach zweimaligem Aufschub einer Resolution zur Situation in der Ukraine zu. Die staatliche Einflussnahme auf die Medien sowie die übereilte Annahme eines neuen Wahlgesetzes und das politisch motivierte Handeln des Geheimdienstes werden darin kritisiert.
26.11.2010	Vertreter der Kiewer Regionalorganisation der Partei Freiheit besetzen die Präsidialadministration und fordern Präsident Wiktor Janukowytsch auf, sich für seine Nichtanerkennung des Holodomor (Hungersnot 1932/33) als Genozid zu entschuldigen.
26.11.2010	Russland und die Ukraine unterschreiben einen neuen Gasliefervertrag. Demnach wird Russland im kommenden Jahr 18,5 Mio. t Gas an die Ukraine liefern. Im Mai war noch von 30 Mio. t die Rede. Unerwartet zieht Präsident Wiktor Janukowytsch eine Freihandelszone mit Russland, Belarus und Kasachstan in Betracht.
29.11.2010	Das ukrainische Unternehmen Naftohaz verpflichtet sich, 12,1 Mrd. m ³ Gas an den Gaszwischenhändler RosUkrEnergio zurückzuliefern und folgt damit einer Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts vom Juni 2010 sowie dem Obersten Gericht der Ukraine, das sich am 24.11.2010 diesem Schiedsspruch angeschlossen hatte.
30.11.2010	Nach lange währenden Protesten der Kleinunternehmer legt Präsident Wiktor Janukowytsch ein Veto gegen das neue Steuergesetzbuch ein, weil darin die Rechte der Unternehmer beschnitten und die der Steuerverwaltung ausgeweitet würden. Zwei Tage darauf verabschiedet das Parlament mit 268 Stimmen ein neues Steuergesetzbuch, das nach den Vorschlägen der vom Präsidenten eingesetzten Arbeitsgruppe abgeändert worden ist. Kurz darauf wird das Zeltlager der Demonstranten im Zentrum Kiews von der Miliz aufgelöst. Der Block Tymoschenko-Vaterland schließt sieben Abgeordnete aus der Fraktion aus, weil sie für das Steuergesetzbuch gestimmt haben.
6.12.2010	Der frisch gewählte Bürgermeister der Stadt Saporischschja, Oleksandr Sin, gibt seinen Austritt aus der Partei Vaterland bekannt. Zwei Tage später trifft Serhij Moros, neuer Bürgermeister von Nowomoskowska, die gleiche Entscheidung.
6.12.2010	In Kiew demonstrieren ca. 800 Menschen für die Absetzung der Regierung und für vorzeitige Parlamentswahlen.
7.12.2010	Nachdem die Ukraine zunächst entschieden hatte keinen Vertreter zur Verleihung des Friedensnobelpreises an den chinesischen Bürgerrechtler Liu Xiaobo am 10.12. nach Oslo zu entsenden, trifft sie am Tag vor der Verleihung eine gegenteilige Entscheidung.
9.12.2010	Präsident Wiktor Janukowytsch erlässt eine Verwaltungsreform, die eine Reduzierung der Zahl der Ministerien von 20 auf 16 festschreibt sowie die Zuständigkeiten der Minister neu ordnet.
10.12.2010	Präsident Wiktor Janukowytsch hebt mit einem Erlass das vom ehemaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko im Mai 2008 erlassene Verbot, bestimmte Großbetriebe zu privatisieren, auf.
14.12.2010	Im Parlament stimmen 275 von 450 Abgeordneten in erster Lesung für das Haushaltsgesetz 2011. Darin wird von einem Anstieg des BIP um 4,5 %, einer Inflation von 8,9 % und einem Defizit von 3,1 % des BIP ausgegangen. Laut Vereinbarung mit dem IWF darf das Defizit die 3,5 %-Marke nicht übersteigen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de